bz REGION
BASEL-STADT, BASELLAND, SCHWARZBUBENLAND

Neben Wohnungen und Industrie soll in Basel auch das Gewerbe Platz haben. Ziel ist eine gute Durchmischung. DOMINIK PLÜSS

Offensive für das Basler Gewerbe

Anzüge Vier bürgerliche Grossräte wollen in der Stadt Gewerbeflächen erhalten und neue schaffen

VON PETER SCHENK

Gabriel Barell, Direktor des Gewerbeverbands Basel-Stadt, zeigte sich alarmiert: «Wir konstatieren schon seit Jahren eine schleichende Verdrängung des Gewerbes», sagte er gestern an einer Medienkonferenz in Basel. Auf ihr stellten vier bürgerliche Grossräte, alle Mitglieder der 33-köpfigen parlamentarischen Gruppe KMU-Wirtschaft, Vorstösse vor, mit denen sie dieser Entwicklung Einhalt gebieten wollen.

Teil für Handwerk reservieren

Urs Schweizer (FDP) setzt sich in seinem Anzug dafür ein, das Gewerbe in Industriezonen besser zu verankern. Erreichen will er dies, indem in der Zone 7, die in Basel für Industrie und Gewerbe vorgesehen ist, ein Teil für KMU reserviert wird. Seine Begründung: «Handwerksbetriebe können nicht den gleichen Quadratmeterpreis bezahlen wie Novartis oder ein Biotechnologieunternehmen.»

Heiner Vischer (LDP) will, dass dem Gewerbe bei Umzonungen analog zu Grünflächen Ersatzflächen angeboten werden. Ermöglicht werden könne dies auch durch höhere Nutzung bestehender Gewerbegebiete.

Eine derartige Verdichtung sei allerdings für Klein- und Mittelunternehmen nur schwer umsetzbar, betonte Elias Schäfer (FDP). «Die Stadt kann durch richtige Anreize sowie organisatorische und finanzielle Unterstützung eine Verdichtung beim Gewerbe vorantreiben.»

> **«Handwerksbetriebe können nicht den gleichen Quadratmeterpreis wie Novartis bezahlen.»**
> **Urs Schweizer,** Basler FDP-Grossrat

Joël Thüring (SVP) schliesslich verwies auf den hohen Druck, der bestehe, um Gewerbezonen Nutzungen mit höherer Wertschöpfung wie Wohnraum zuzuführen. Er fordert deshalb in seinem Vorstoss für Umnutzungen ein qualifiziertes Mehr im Grossen Rat. So soll für fünf bis zehn Jahre eine Zweidrittelmehrheit im Parlament dafür erforderlich sein.

Umzug ist keine Alternative

Für Gewerbeverbandsdirektor Barell wie für die vier Grossräte war klar, dass ein Umzug von Betrieben über die Kantons- oder gar Landesgrenzen keine Alternative dazu sein dürfe, die Bedingungen für sie zu verbessern. Barell zitierte das Beispiel von Sutter Begg: Die Bäckerei-Kette zügelte 2006 die Backstube mit 40 Mitarbeitern aus der Basler Rosentalstrasse nach Münchenstein, weil sie in Basel nicht mehr wachsen konnte und auch Probleme wegen der Emissionen hatte.

Die Argumente für das Gewerbe in der Stadt: Der Kanton müsse alles bieten, um im Wettbewerb mit anderen Kantonen zu bestehen, er brauche die Steuereinnahmen, die Ausbildungsstellen für Lehrlinge, müsse auch niederschwellige Jobs anbieten. Ausserdem würde der Umzug in die Peripherie zu mehr Verkehr führen und für grosse Firmen sei die Präsenz von Dienstleistern vor Ort wichtig.

Als «tolle Lösung» für eine verdichtete Bauweise bezeichnete Gabriel Barell das Projekt eines Gewerbehauses in der Neudorfstrasse, in der Nähe des französischen Autobahnzolls. «Bisher gibt es dort eine Testplanung und es ist noch alles möglich», betonte er. So könnten sich zwei, zehn oder zwanzig Betriebe niederlassen.

Verwiesen wurde auf der Medienkonferenz auch auf eine Studie zu Wirtschaftsflächen in Basel-Stadt, die das Amt für Wirtschaft und Arbeit in Auftrag gegeben hatte. Diese stellt trotz grossem Potenzial Handlungsbedarf fest. Bis 2035 könnten zwar bei einem Bedarf von 350 000 Quadratmetern 800 000 Quadratmeter neue Flächen entstehen, sie seien aber nicht alle frei verfügbar.